



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses für
Menschenrechte

www.barbara-lochbihler.de

www.facebook.com/barbara.lochbihler

www.twitter.com/blochbihler

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Redaktion: Ali Al-Nasani, Raphael Kreusch,
Alast Najafi, Harald Sick, Wolf-Dieter Vogel

RUNDBRIEF Nummer 8 15. November 2012

Themen in dieser Ausgabe:

Unterwegs im Reich der Mitte
Sacharow-Preis geht an iranische Oppositionelle
CSU hebt ihre Asyl-Panikmache auf europäische Ebene
Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof
Menschenrechte in der Wirtschaftskrise
Westbalkan: Erweiterungsbericht der Kommission
Kinderrechte: ein Workshop anlässlich des Janusz-Korczak-Jahres
UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen besucht EP
Grüne diskutieren über Lateinamerika
Europa in zwei Tagen: die Grüne Jugend Bayern in Straßburg
Post aus Patagonien
Veranstaltungen
Presse-Rückschau

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in diesem Monat möchte ich hiermit über meine Arbeit in Brüssel, Straßburg, Deutschland ... und diesmal sogar Peking berichten.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht,
Barbara Lochbihler



Unterwegs im Reich der Mitte

Mit einer Delegation des Europäischen Parlaments war ich vom 28. Oktober bis 2. November in China unterwegs. Wir trafen uns mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, des Parlaments und der Wirtschaft. Da in den Beziehungen der EU mit dem "Reich der Mitte" meist handels- und wirtschaftspolitische Themen im Vordergrund stehen, lag es an mir, die Menschenrechte ins Gespräch zu bringen. So sprach ich über die schwierige Situation der JournalistInnen und Menschenrechts-AktivistInnen, die Lage der internen Migrantinnen und Migranten sowie über die Probleme in Tibet. Die Antworten gingen selten auf die angesprochenen Probleme ein. Stattdessen wurden uns wiederholt die (zum Teil durchaus beeindruckenden) Errungenschaften bei der Kranken- und Sozialversorgung der ärmeren Schichten und interner Wanderarbeiter geschildert.

Im chinesischen Parlament in Peking diskutierten wir mit der Vizepräsidentin des Hauses Chen. Sie betonte, dass noch immer

150 Millionen Menschen in China unterhalb der Armutsgrenze leben, erwähnte aber gleichzeitig die enormen wirtschaftlichen Fortschritte im Land. Fast alle unserer hochrangigen Gesprächspartner erklärten uns, man arbeite an der Gestaltung eines Sozialismus mit chinesischer Ausprägung. Was das aber angesichts eines so offensichtlich kapitalistischen Wirtschaftssystems und skrupelloser Korruption sein soll, wurde nicht weiter erörtert.

Von Peking ging es weiter in die 32 Millionen Einwohner zählende Großstadt Chongqing, die innerhalb von zehn Jahren aus dem Boden gestampft wurde. Eine ungewöhnliche Metropole: Soweit das Auge reicht, stehen unendlich viele riesige Hochhäuser eng aneinander. Der "Macher" von Chongqing, Bo Xilai, wurde lange Zeit als der Erfolgspolitiker schlechthin gefeiert. Doch wegen



Mit der Vizepräsidentin des Ständigen Ausschusses des chinesischen Parlaments, Chen Zhili

Korruptionsvorwürfen wurde er auf allen Ebenen entmachtet – dabei sollte er auf dem 18. Parteitag der KP Chinas im November zur höchsten Führungsperson des Landes gekürt werden.

Auf meiner Homepage steht ein ausführlicher Bericht der Reise: <http://barbara-lochbihler.de/1/home/china2012/reisebericht-china.html>.

Sacharow-Preis geht an iranische Oppositionelle

Die Entscheidung ist gefallen: Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, den das Europäische Parlament auslobt, geht in diesem Jahr an die iranische Anwältin Nasrin Sotoudeh sowie deren Landsmann und Filmemacher Jafar Panahi. Damit setzt das Parlament ein deutliches Zeichen gegen den ständigen Terror, dem systemkritische Menschen im Iran ausgesetzt sind. Die Anwältin Sotoudeh befindet sich im Gefängnis, weil sie ihre Stimme für jene erhoben hat, die zum Opfer des Regimes wurden: zum Tode verurteilte Minderjährige, Menschenrechtsaktivisten, politische Gefangene. Der Filmemacher Panahi ist nicht nur selbst Ziel vieler Angriffe geworden, sondern steht zugleich für die unzähligen Künstlerinnen und Künstler sowie Journalistinnen und Journalisten, denen das freie Wort im Iran verboten wird.

Die Menschenrechtslage im Iran ist weiterhin sehr bedenklich. Erst wenige Tage vor der Sacharow-Preis-Entscheidung wurden zehn Menschen hingerichtet. Kurz zuvor hatte der UN-Sonderberichterstatter Ahmad Shaheed die prekäre Situation von Medienschaffenden und Anwälten kritisiert. Auch deshalb ist die Verleihung des Sacharow-Preises ein gutes Signal zum richtigen Zeitpunkt. Zugleich sollte die Verleihung aber auch die EU anmahnen, ihre Politik gegenüber dem Iran nicht auf die Frage der Atomwaffen zu reduzieren. Die Europäer müssen die verheerende Menschenrechtslage in den Vordergrund stellen.

CSU hebt ihre Asyl-Panikmache auf europäische Ebene

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat seine fragwürdige Asylpolitik auf europäische Ebene gehoben. Wochenlang hatte er Asylsuchenden aus dem Balkan Asylmissbrauch vorgeworfen, ohne die Situation der Betroffenen in ihren Herkunftsländern auch nur zu erwähnen. Dank der Schützenhilfe des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich wurde Herrmanns Ruf nach einer Aussetzung der Visa-Freiheit für Serbien und Mazedonien nun auch in Brüssel erhört. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström zeigte sich "besorgt" über die steigende Zahl an Flüchtlingen aus der Region, und mittlerweile wird darüber sinniert, die Reisefreiheit auszusetzen.

Dabei weiß auch die CSU: Roma und andere Minderheiten aus Ländern wie Serbien und Mazedonien werden massiv diskriminiert. Sie haben oft keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und eingeschränkten Zugang zum Gesundheitswesen. Viele Roma-Kinder werden in Sonderschulen abgeschoben. Die serbische Regierung selbst gibt zu, dass 60 Prozent der Roma in unsicheren Verhältnissen leben. 30 Prozent haben nicht einmal Zugang zu Trinkwasser und Kanalisation.

Beim Parteitag der Grünen am kommenden Wochenende werden wir über einen Dringlichkeitsantrag abstimmen, in dem wir ein Ende der Diskriminierung von Roma in Deutschland sowie die Aufrechterhaltung der Visumsfreiheit für StaatsbürgerInnen aus dem Westbalkan fordern. Mit der wahlpolitisch motivierten Panikmache der CSU und ihrer Politik auf dem Rücken anderer muss endlich Schluss sein!

Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof

In Vertretung des Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz reiste ich am 14. November nach Den Haag, um an der Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs sowie an den Festlichkeiten zu dessen zehnjährigem Bestehen teilzunehmen. Der Präsident des IStGH appellierte an die Mitgliedstaaten, seine Institution auch in Zukunft politisch und finanziell seinen wachsenden Aufgaben entsprechend zu unterstützen. Zu Recht! Erst kürzlich wurde dem IStGH vom UN-Sicherheitsrat der Fall Libyen übergeben; gleichzeitig deutet aber einiges darauf hin, dass viele Unterzeichnerstaaten ihre Unterstützung begrenzen wollen. Mehr Arbeit, aber weniger Ressourcen? Das falsche Signal im Kampf gegen die Straflosigkeit!

Zum Abschluss des Tages moderierte ich eine Veranstaltung von *Human Rights Watch* und *Parliamentarians for Global Action*, rund um das Thema der Zusammenarbeit von UN-Sicherheitsrat und ICC. Damit endete ein anstrengender, aber sehr spannender und lehrreicher Tag, von dem ich vor allem eine Schlussfolgerung mitnehmen werde: Die Unterstützung des ICC muss zukünftig stärker werden – finanziell, politisch, aber auch bei der Durchsetzung von Haftbefehlen. Über die Diskussionen um die Straftäter dürfen wir nicht die Opfer nicht vergessen, die unsere Hilfe brauchen!

Menschenrechte in der Wirtschaftskrise

Am 5. November behandelten wir im Menschenrechtsausschuss einen Bericht über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Menschenrechte. Die Berichterstatte r stellte fest, dass vor allem die sogenannten Entwicklungsländer unter der Krise litten. Messbar werde dies an zurückgehenden Exporten, abnehmenden ausländischen Direktinvestitionen und sinkenden Hilfszahlungen. Deutschland ist hier keine Ausnahme, denn auch Minister Niebel wird das erklärte Ziel, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, verfehlen.

Um die Menschenrechte besser zur Geltung zu bringen, so die Berichterstatte r, brauche es vor allem Beschäftigung und ein zunehmendes Arbeitsangebot. Wege aus der Krise böten somit auch größere Investitionen im Bildungssektor. Seit 2008 lässt sich hingegen feststellen, dass der Ausbau von Grundschulen ins Stocken geraten ist und nach wie vor bis zu 60 Millionen Kinder weltweit ohne Grundschulbildung auskommen müssen.

Ich betrachte die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Menschenrechten kritisch. Einerseits ist es unser aller Aufgabe, die Menschenrechte auf jeder Ebene zu schützen, auch und gerade im Wirtschafts- und Handelsbereich. Der Umkehrschluss aber ist falsch: Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, die Einhaltung der Menschenrechte hinge von der jeweiligen Konjunkturlage ab. Menschenrechte gehören immer, und besonders in Krisenzeiten auf die politische Agenda!

Westbalkan: Erweiterungsbericht der Kommission

Auch die menschenrechtlichen Aspekte des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission über etwaige EU-Erweiterungen im Westbalkan standen in diesem Monat auf dem Programm des Menschenrechtsausschusses. Bei der Umsetzung der Berichtsforderungen sei vor allem auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien zu achten, so der Kommissionsvertreter im Ausschuss. Die Kopenhagener Kriterien sind für einen EU-Beitritt unabdingbar und umfassen Bereiche wie Demokratie, Schutz von Minderheiten, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Die Kommission fordert, dass bei der Frage eines EU-Eintritts von Mazedonien, Albanien oder

Montenegro die Rechtsstaatlichkeit im Zentrum stehen sollte. Eine Gesamtbewertung der Menschenrechtssituation der Länder des Westbalkans gebe Anlass zur Sorge, obwohl auch Fortschritte erreicht worden seien. Und tatsächlich: Der notwendige institutionelle sowie rechtliche Rahmen für einen optimierten Menschenrechtsschutz ist verhältnismäßig schnell ausgebaut worden. Wie so oft liegen die Probleme allerdings in der Umsetzung.

Obwohl die Lage von Land zu Land unterschiedlich ist, lassen sich für alle Länder des Westbalkans vor allem drei besorgniserregende Tendenzen ausmachen. Zunächst verfügen die meisten Staaten zwar mittlerweile über eine pluralistische Medienlandschaft, von einer wirklich freien Presse kann aber noch nicht die Rede sein. Außerdem stellt die Diskriminierung von LGBTI in der gesamten Region ein großes Problem dar. Beispielsweise wurde erst kürzlich, zum zweiten Mal in Folge, die *Gay Pride* in Belgrad kurzfristig abgesagt. Schließlich mangelt es deutlich beim Schutz von Minderheiten. In einem besonderen Maße sind Roma von Diskriminierung betroffen – bei der Wohnungs- und Arbeitssuche ebenso wie im Schulwesen und bei der medizinischen Versorgung.

Kinderrechte: ein Workshop anlässlich des Janusz-Korczak-Jahres

Am 6. November veranstalteten wir im Menschenrechtsausschuss einen Workshop zum Thema Kinderrechte. Anlass war das vom polnischen Parlament ausgerufenen Jahr des Janusz Korczak. Der polnische Arzt, Pädagoge und Kinderbuchautor setzte sich vehement für die Rechte von Kindern ein und schreckte nicht einmal davor zurück, die in seiner Obhut befindlichen jüdischen Waisenkinder bei der Abholung durch die Nazis freiwillig ins Konzentrationslager Treblinka zu begleiten – wohl wissend, dass dies auch seinen Tod bedeutete.

Wir diskutierten zahlreiche Aspekte, die heute in verschiedenen Teilen der Welt die Kindheit betreffen. Welche Risiken und Chancen bietet das Internet? Wie kann das Leid der Kinder in bewaffneten Konflikten verhindert oder gelindert werden? Wie können ganz grundsätzlich heutzutage Kinderrechte durchgesetzt werden?



In einer Sache waren sich jedenfalls alle Teilnehmer einig: Kinder sollten in allen Bereichen mehr Mitspracherecht erhalten. Nur so können sie einen Sinn für Gerechtigkeit und Demokratie entwickeln. Janusz Korczak wäre mit dieser Schlussfolgerung wohl durchaus einverstanden gewesen.

Ausführliche Infos zum Workshop finden sich auf meiner Homepage: <http://barbara-lochbihler.de/1/themen/menschenrechte/kinderrechte-durchsetzen.html>.

UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen besucht EP

Gemeinsam mit dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter sowie der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika organisierte ich am 9. Oktober eine Anhörung zu Gewalt gegen Frauen im Menschenrechtsausschuss. Rashida Manjoo, UN-Sonderberichterstatterin für dieses Thema, stellte ihren diesjährigen Bericht an den UN-Menschenrechtsrat bei uns vor.

In ihrem Bericht rückt Manjoo das Phänomen des Feminizids, also der Tötung von Frauen aufgrund ihrer Geschlechterzugehörigkeit in den Fokus. Der Feminizid ist demnach keine neue Gewaltform, sondern vielmehr das Extrem bereits existierender Gewalttätigkeiten gegen Frauen. Manjoo erklärte, die Tötungen bauten auf ein Kontinuum geschlechtsspezifischer Gewalt und träten nicht isoliert oder unerwartet auf. Um den Morden entgegenarbeiten zu können, müsse diese Form von Tötung als gesondertes Phänomen untersucht und dokumentiert werden. Das aber geschieht derzeit nicht im ausreichenden Maße.

Weltweit lässt sich eine Zunahme von geschlechtsspezifischen Tötungen feststellen. In Honduras, Guatemala und El Salvador hat sich seit 2004 die Rate an Frauenmorden im Schnitt um 140% erhöht. Oft werden Feminizide jedoch gesellschaftlich akzeptiert und strafrechtlich nicht verfolgt. Die EU sollte auf die Länder Druck ausüben und versuchen, dieser Straflosigkeit entgegenzuwirken.

Grüne diskutieren über Lateinamerika

Mehrere hundert Interessierte nahmen am 10. November an der Lateinamerikakonferenz der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag in Berlin teil. Neben Experten aus Brasilien, Paraguay, Ecuador, Bolivien und Guatemala saßen auch Abgeordnete auf den Podien, um u.a. über die problematische Rohstoffausbeutung, das indigene Konzept des "buen vivir" – des erfüllten Lebens – und die Aufarbeitung der blutigen Vergangenheit Argentiniens und Guatemalas zu diskutieren.

Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele kommentierte ich den Einführungsbeitrag des brasilianischen Analytikers Héctor Alimonda. Im Vordergrund stand für mich das Thema des „Neo-Extraktivismus“, also des Wiedererstarkens einer an Rohstoffausbeutung orientierten Wirtschaftspolitik, die von konservativ regierten Ländern wie Mexiko ebenso betrieben wird wie von Linksregierungen in Bolivien und Ecuador.

In der Verantwortung stehen natürlich auch wir: Die EU vereinbart Handelsverträge, die die Rolle dieser Staaten als Rohstofflieferanten sogar noch festschreiben. Im anstehenden Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru droht diese allein auf Profit ausgelegte EU-Handelspolitik erneut. Zwar muss der Vertrag auch vom Europäischen Parlament mehrheitlich verabschiedet werden. Leider dürfen wir nur mit JA oder NEIN abstimmen, inhaltlicher Einfluss wurde uns im Vertrag von Lissabon nicht gewährt. Und so steht zu befürchten, dass auch im Falle Kolumbiens und Perus die üblichen Fehler wiederholt werden dürften – einer konservativ-marktliberalen Mehrheit sei Dank.

Europa in zwei Tagen: die Grüne Jugend Bayern in Straßburg

Auf meine Einladung hin besuchte uns eine Gruppe der Grünen Jugend Bayerns in Straßburg. Was die Jugendlichen dort alles erlebten, wie sie die Plenarsitzungen wahrnahmen und wie elsässisches Essen schmeckt, hat Maxi Deisenhofer in einem kleinen Reisebericht festgehalten, der auf meiner Webseite nachzulesen ist: <http://barbara-lochbihler.de/1/themen/bayern/europa-in-zwei-tagen.html>.

Post aus Patagonien

Aus dem chilenischen Patagonien bekam ich jüngst einen Brief von Elisabeth Schindele, die seit vielen Jahren dort lebt und gegen das Staudamm-Projekt Hidroaysen kämpft. Auch ihr Hof würde überflutet, wenn die fünf geplanten Dämme gebaut würden. "Mit viel Freude entdeckte ich heute in den Nachrichten, dass Sie durch Ihre Unterschrift einer Aufforderung an die Parlamentarische Kommission unseren Kampf gegen die Zerstörung Patagoniens unterstützen", schreibt sie. Mein Name sei ihr sofort ins Auge gestochen, denn auch sie sei in Kaufbeuren geboren und aufgewachsen. Es gibt doch immer wieder Post, die unerwartet Freude macht!

Veranstaltungen

22. November, 19 Uhr: Der "arabische Frühling" und die europäische Grenzpolitik, Veranstaltung im DGB-Haus, Schwanthaler-Straße 64, München.

23. November, 15 Uhr: Diskussionsveranstaltung über die Situation von Roma und Sinti, organisiert von der Caritas in der Akademie der Nationen, Landwehrstraße 26, München.

23. November, 19 Uhr 30: Perspektiven europäischer Flüchtlingspolitik, Veranstaltung der Initiativgruppe e.V. interkulturelle Bildung und Begegnung, Karlstraße 48-50, München.

24. November, 11 Uhr: Drohnen und Menschenrechte, eine Veranstaltung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Rahmen der Münchener Friedenswoche, EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80, Raum 211, München.

24. November, 17 Uhr: Filmvorführung von "The Lady" über Aung Sang Suu Kyi, filmburg, Gschwenderstraße 7, Marktoberdorf.

25. November, 11 Uhr: Fluchtgrüne von Frauen, eine politische Matinee samt interkulturellem Brunch im Grandhotel Cosmopolis, Springergässchen 5, Augsburg.

29. November, 19 Uhr: Veranstaltung über die Situation von Roma; mit Benjamin Marx, Projektleiter Roma-Haus Neukölln, und Susanna Kahlefeld, Abgeordnete der GRÜNEN-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin; in der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Platz vor dem Neuen Tor 1, Berlin.

14. Dezember, 10 Uhr 30: Veranstaltung zum diesjährigen Sakharov-Preis des Europäischen Parlaments, Europäisches Haus, Unter den Linden 78, Berlin.

Presse-Rückschau

Drohnenkriege

Ein Kommentar auf der Plattform Project Syndicate, 8. November.

<http://www.project-syndicate.org/commentary/america-s-legally-questionable-drone-campaign-by-barbara-lochbihler>

Weltmacht süß-sauer

Barbara Lochbihler bei der ARD-Talk-Show Hart aber Fair, 5. November.

<http://www.ardmediathek.de/das-erste/hart-aber-fair/21-00-uhr-weltmacht-suess-sauer-wie-gefaehrlich-wird?documentId=12357244>

China: Neue Führung, alte Probleme

Ein Beitrag von Radio Vatikan, 9. November.

<http://de.radiovaticana.va/Articolo.asp?c=637199>

China: Zensur an allen Ecken

Ein Interview des Dom-Radios, 8. November.

<http://www.domradio.de/aktuell/84959/europaabgeordnete-lochbihler-ueber-menschenrechte-in-china.html>

Bringt Chinas Aufstieg unseren Absturz?

Ein Artikel von FAZ.net, 6. November.

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/faz-net-fernsehkritik-hart-aber-fair-bringt-chinas-aufstieg-unseren-absturz-11951401.html>

Eurodiputada: La nueva cúpula china debe favorecer derechos

Ein Beitrag vom com.ve aus Venezuela, 5. November.

http://www.2001.com.ve/noticias_2001online.asp?registro=220725

1,34 Milliarden Chinesen, aber keiner bei Plasberg

Ein Beitrag von Welt und Berliner Morgenpost, 5. November.

<http://www.welt.de/fernsehen/article110665570/1-34-Milliarden-Chinesen-aber-keiner-bei-Plasberg.html?wtmc=google.editorspick?wtmc=google.editorspick>

Appell: Chinas künftige Führung muss Menschenrechte achten

Artikel der dpa, unter anderem im Hamburger Abendblatt, 3. November.

<http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article110592458/Appell-Neue-Fuehrung-muss-Menschenrechte-verbessern.html>

Zum Weiterziehen verdammt

Ein Interview mit Funkhaus Europa des WDR, 31. Oktober.

http://www.funkhauseuropa.de/themen/2012_10/roma_europa_121031.phtml

Drei M für die Menschenrechte

Im Gespräch mit dem Neuen Deutschland über die Menschenrechte nach dem arabischen Frühling, Libyen und den Syrien-Konflikt, 27. Oktober.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/802535.drei-m-fuer-die-8232-menschenrechte.html>

Europas ungeliebte Bürger

Ein Beitrag der KNA in der Saarbrücker Zeitung, 26. Oktober.

<http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/themen/Europas-ungeliebte-Buerger;art2825,4488325>

Asylum abuse rampant, EU ministers say

Beitrag der Deutschen Welle, 26. Oktober.

<http://www.dw.de/asylum-abuse-rampant-eu-ministers-say/a-16334367>

Künftig Visumzwang für Balkanflüchtlinge?

Ein Interview im WDR-Morgenmagazin, 25. Oktober.

<http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/s/d/25.10.2012-06.05/b/kuenftig-visumzwang-fuer-balkanfluechtlinge.html>

Europaabgeordnete gegen Visumzwang für Balkanflüchtlinge

Ein epd-Beitrag im Dom-Radio, 25. Oktober.

<http://www.domradio.de/news/84701/europaabgeordnete-gegen-visumzwang-fuer-balkanfluechtlinge.html>

Roma-Angehörige: Europas ungeliebte Bürger

Ein KNA-Beitrag im Dom-Radio, 24. Oktober.

<http://www.domradio.de/aktuell/84679/eu-massnahmen-zum-schutz-der-minderheit-zeigen-wenig-wirkung.html>

Unerwünscht: Asylbewerber in Deutschland

Barbara Lochbihler in einem Beitrag des ZDF-Magazins Frontal 21, 23. Oktober.

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1759700/Unerwuenscht-Asylbewerber-in-Deutschland#/beitrag/video/1759700/Unerwuenscht-Asylbewerber-in-Deutschland>

Streit über Asylpolitik

Donaukurier, 2. Oktober.

<http://www.donaukurier.de/nachrichten/bayern/Muenchen-Streit-ueber-Asylpolitik;art155371,2662668>

Herrmann fordert Asyl-Schnellverfahren für Mazedonier und Serben

Die Welt, 2. Oktober.

<http://www.welt.de/newsticker/news3/article109592038/Herrmann-fordert-Asyl-Schnellverfahren-fuer-Mazedonier-und-Serben.html>

Herrmann will Asyl-Schnellverfahren für Mazedonier und Serben

WAZ, 2. Oktober.

<http://www.derwesten.de/politik/herrmann-will-asyl-schnellverfahren-fuer-mazedonier-und-serben-id7155784.html>

Schnellverfahren gegen Asylbewerber

Artikel der dapd in der taz, 2. Oktober.

<http://www.taz.de/Bayerischer-Innenminister-im-Wahlkampf/%21102805>